

Khué heute in Freiheit, und die Regierung hat ihm im Zuge der neuen Lockerung eine auf sechs Monate ausgestellte Erlaubnis zu freiem Umherreisen ausgestellt. Von den in Nordvietnam zurückgebliebenen Titularbischöfen sind zwei französischer Nationalität: der Bischof von Langson, Msgr. Hedde, und der Bischof von Hung Hoa, Msgr. Mazé. Als Ausländer hatten diese beiden Bischöfe bisher sich besonderen Beschränkungen zu unterziehen. Der „neue Kurs“ hat auch für sie erhebliche Erleichterungen gebracht.

Ökumenische Nachrichten

„Theologie der Abrüstung“ Der alte Streit um das sogenannte „prophetische Wächteramt“ der Bekennenden Kirche und das Wie seiner Wahrnehmung in der EKD ist von neuem entflammt. Kaum wurde auf dem Frankfurter Kirchentag der schwere Konflikt um die Unterschriftenaktion von Dr. Gustav Heinemann gegen das Wehrpflichtgesetz beigelegt (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 46 und 10. Jhg., S. 553), ist er an einer anderen Stelle wieder ausgebrochen. Landesbischof D. Hanns Lilje hatte im November 1956 auf der Hannoverschen Landessynode anlässlich der sowjetischen Maßnahmen in Ungarn erklärt, daß die „Theologie der Abrüstung“, wie sie von verschiedenen kirchlichen Kreisen vertreten werde — gemeint waren die Anhänger der „Friedensbewegung“ — einen schweren Stoß erhalten habe. Aus diesem Stigma hat nun Dr. Heinemann in der „Stimme der Gemeinde“ (1. 12. 56) einen Kampfsartikel gegen D. Lilje geformt, der offensichtlich mit Entstellungen seiner Rede arbeitet, ihm unterstellt, daß er eine „Theologie der Aufrüstung“ (nämlich der Bundesrepublik) vertritt und sich für den reaktionären Kardinal Mindszenty einsetzt, der ebenso wie die Freiheitskämpfer durch die Überspannung ihrer Forderungen mitschuldig an dem Eingreifen der russischen Panzer geworden sei. Also ein politischer Agitationsartikel reinsten Wassers. Was den Kardinalprimas von Ungarn angeht, so können wir hier auf unsere Berichte über sein Verhalten verweisen (vgl. ds. Jhg., S. 133 und 188 f.).

Noch ehe D. Lilje antworten konnte, wurde der Aufsatz von Dr. Heinemann als Flugblatt herausgebracht und in die evangelischen Gemeinden geworfen. Im nächsten Heft der „Stimme der Gemeinde“ (Nr. 24 vom 15. 12. 56) griff Professor Oskar Hammelbeck mit einem Artikel „Nochmals Theologie der Abrüstung“ die Frage auf und spielte sie in die allgemeine Kirchenpolitik der EKD hinüber: Der Notstand der EKD sei vertieft, der schon in Espelkamp zutage getreten war (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 305 ff.). Er habe seine Wurzel darin, daß die zwölf gewählten Mitglieder des Rates der EKD nicht miteinander Abendmahl feiern können und wollen. Was den besonderen Anlaß betrifft, so wird mit Dietrich Bonhoeffer erklärt: „Es ist niemals Aufgabe der Kirche, dem Staat den natürlichen Selbsterhaltungstrieb zu predigen, sondern allein den Gehorsam gegen das Recht Gottes.“ Nun, das war unter Hitler gesagt. Aber das ist es ja gerade, daß diese Kreise um Dr. Heinemann, Präses Held, D. Niemöller — und nicht zu vergessen Propst Grüber — das von ihnen nach wie vor in Anspruch genommene prophetische Wächteramt mit demselben Eifer gegen die Bundesrepublik und gegen die „christliche Vernebelungs-

politik“ Dr. Adenauers und des westdeutschen Großbürgertums vertreten wie gegen das Hitlerreich. Damit die Gleichung stimmt, muß die CDU verteufelt werden. Landesbischof D. Lilje hat unterdessen im „Informationsblatt“ (Nr. 23 vom 18. 12. 56) selbst das Wort zu seiner Verteidigung ergriffen. Er bestreitet, in seiner Rede mehr Macht für die Bundesrepublik gefordert und überhaupt von Kardinal Mindszenty gesprochen zu haben (der übrigens in einem Aufsatz derselben Nummer des „Informationsblattes“: „Die Kirche und die Ereignisse in Ungarn“, gegen die neulichen Anwürfe von Propst Grüber verteidigt wird). Er fährt dann fort: „Was nun aber die ‚Theologie der Abrüstung‘ betrifft, so meine ich jene verhängnisvolle Mischung von politischer Stellungnahme und theologischer Beurteilung, die uns bei Heinemanns Freunden begegnet“, nämlich bei Professor Joseph Hromadka und den ungarischen Bischöfen der Gerö-Zeit, Janos Peter, Albert Bereczky, Laszlo Dezser und anderen, sämtlich Apologeten einer naiven Koexistenz mit dem Kommunismus. D. Lilje fährt sodann fort: „Mein schwerster Einwand gegen die ‚Theologie der Abrüstung‘ besteht aber darin, daß sie die Einheit der evangelischen Christenheit jahrelang auf das schwerste belastet. Natürlich hat jedermann das Recht zu seiner politischen Überzeugung. Aber es ist nicht erträglich, wenn — auch nur scheinbar — die Fragen der Abrüstung und der Wehrdienstverweigerung zum zentralen Thema der Verkündigung zu werden drohen . . . Es ist meine Überzeugung, daß die Kirche sich an solchen theologischen Irrtümern den Tod holen wird. Sie reicht dem Volk Steine statt Brot, wenn sie fortfährt, diese politischen Stellungnahmen mit dem Gewicht absoluter Wahrheiten zu vertreten und damit jenen leisen Hauch von Intoleranz bekommt.“

Dr. Heinemann und D. Lilje sind beide Mitglieder des Rates der EKD, und es ist in der Tat ein Notstand, daß ihre Auseinandersetzung außerhalb des Rates erfolgen muß.

8 Millionen Defizit der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg Eine Kanzelerklärung, die Bischof Otto Dibelius zu Neujahr vor den Gemeinden der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg verlesen ließ, macht eine ernste finanzielle Not offenbar und bittet die Gläubigen um ein außerordentliches Opfer. Es soll ein Defizit von 8 Millionen Mark zur Deckung bringen, andernfalls der Dienst der Kirche eingeschränkt werden müsse. Für den Unterhalt der Pfarrer, Katecheten, Gemeindegewertern, Organisten und anderen hauptamtlichen Helfer seien bei bescheidensten Ansprüchen 20 Millionen Mark notwendig. Die Sachausgaben erforderten nochmals 10 Millionen Mark, ungerechnet die gesamte Liebestätigkeit der Kirche. Obwohl die Evangelischen Kirchen nach der Verfassung der DDR Staatszuschüsse zu erhalten haben, werden ihnen, wie es in der Kanzelerklärung heißt, „seit einem Jahr bei der Ausübung ihrer Rechte in verstärktem Maße Schwierigkeiten bereitet. Eine neue Art der Steuereinzahlung im Demokratischen Sektor von Berlin hat einen Kirchensteuerverlust von jährlich 6 Millionen Mark zur Folge, die Staatszuschüsse der Berlin-Brandenburger Kirche sind um mehr als eine Million Mark im Jahr gekürzt worden. Auch die Beschränkung unserer Sammeltätigkeit hat einen Ausfall von mehr als einer Million Mark jährlich verursacht. Unsere Bitte an den Staat, hier Abhilfe zu schaffen, ist

bisher nicht erfüllt worden. Darüber hinaus wird der Zustrom von Hilfe aus den zum Geben willigen Schwesterkirchen Westdeutschlands und der Ökumene — jedenfalls in der bisherigen Form — behindert.“ Aus diesen Gründen seien die Gemeinden zur Selbsthilfe genötigt und müßten sich das Evangelium in Zukunft sehr viel mehr kosten lassen als bisher: „Um Gottes willen, liebe Brüder und Schwestern, um der Verkündigung seiner Freudenbotschaft willen, um der Kinder willen, die christlichen Religionsunterricht erhalten sollen, um der Armen und Einsamen, der Krüppel und Kranken willen, die Hilfe durch die Kirche brauchen, ruft die Kirchenleitung . . . zu einem besonderen Opfer auf.“

Bischof Dietzfelbinger Beauftragter für Catholica Der Evangelische Pressedienst veröffentlichte am 29. November folgende Meldung: „Zum Beauftragten für Fragen des Verhältnisses zur römisch-katholischen Kirche ist der bayerische Landesbischof D. Dietzfelbinger von der Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands bestellt worden. Die Bischöfe erörterten unter Vorsitz von Landesbischof D. Lilje in Hannover ausführlich das Verhältnis der beiden Kirchen und ließen sich über die Bestrebungen verschiedener Gruppen und Einzelpersonen innerhalb der evangelischen Kirche berichten, eine Annäherung an die römische Theologie zu erzielen.“

Die Leser der Herder-Korrespondenz, die unsere laufende Berichterstattung über das Luthertum und den günstigen Ausgang der Generalsynode von Hannover mit dem Plan eines Gespräches zwischen lutherischen und römisch-katholischen Theologen verfolgt haben (vgl. 10. Jhg., S. 480 ff.), werden diese Nachricht mit Freude begrüßen, zumal da sich Bischof Dietzfelbinger durch die Offenheit wie durch die geistliche Haltung seines bisherigen Gesprächsbeitrages auch das Vertrauen vieler Katholiken erworben hat. Man darf ihm zu seinem neuen Auftrag Gottes Segen wünschen. Die lutherische Publizistik wird es hoffentlich bald an den Tag bringen, wie in maßgebenden lutherischen Kreisen die in der Meldung erwähnten Bestrebungen von Gruppen und Einzelpersonen beurteilt werden. Der im Dezemberheft (S. 116 f.) berichtete Aufsatz von Pfarrer Meister ist wohl nur ein Fingerzeig, desgleichen der Aufsatz von Professor Peter Brunner über „Evangelium und Papsttum“ (ebenda S. 152).

Die neue RGG 3. Auflage Die ersten Lieferungen der 3. Auflage des angesehenen evangelischen Handwörterbuches für Theologie und Religionswissenschaften, „Die Religion in Geschichte und Gegenwart“ (RGG), sind im Verlage J. C. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, erschienen und werden nun in monatlicher Folge fortgesetzt. Jeder der sechs Bände wird etwa 20 Lieferungen umfassen. Auf den Inhalt dieses lange erwarteten Nachschlagewerkes werden wir später eingehen, wenn eine größere Zahl von Lieferungen vorliegt. Heute sei einiges Bemerkenswerte über die Mitarbeiter berichtet. Für die Herausgabe zeichnet Professor Kurt Gallig, Mainz, in Gemeinschaft mit Hans Frhr. v. Campenhausen, Heidelberg, Erich Dinkler, Bonn, Gerhard Gloege und Knud Løgstrup, Århus. Von den einzelnen Fachgebieten hat die Koordinierung für Kirchengeschichte v. Campenhausen übernommen, während K. Aland, Halle, die Alte Kirche, W. Maurer, Erlangen, die Reformationszeit und E. Wolf, Göttingen, die

Neuzeit betreut. Die Dogmatik liegt vorwiegend in Händen der unseren Lesern wohlbekannten Professoren Gerhard Gloege, Jena, und Edmund Schlink, Heidelberg. Neues Testament besorgt neben O. Cullmann, Basel, W. G. Kümmel, Marburg. Konfessionskunde, Ökumene und die religiöse Lage der Gegenwart behandelt H. H. Schrey, Tübingen, Praktische Theologie W. Jannasch, Mainz, Philosophie J. Klein, Göttingen. Die Stichworte zum Katholizismus werden von Heinrich Bornkamm, Heidelberg, Präsident des Evangelischen Bundes, und Pfarrer W. Sucker vom Konfessionskundlichen Institut Bensheim besorgt, soweit nicht hier und da katholische Spezialisten beauftragt wurden, wie etwa der Missionswissenschaftler Th. Ohm OSB. Der ökumenische Charakter des Werkes, das mit der 1. Auflage den protestantischen Liberalismus repräsentierte und in der 2. Auflage Bultmann und der Dialektischen Theologie Rechnung trug, wird diesmal durch Heranziehung zahlreicher Gelehrter auch des Auslandes unterstrichen. Auch in der gegenwärtigen Epoche der evangelischen Theologie, die mehr als die früheren im Zeichen des Überganges steht und deren Ausrichtung zwiespältig ist, wird dieses Lexikon es schwer haben, ein einheitliches Gesamtbild des — nun man kann wohl nicht mehr sagen: des Protestantismus zu geben, weil dieser durch den Eintritt in die Ökumenische Bewegung und die kirchliche Erweckung seine Zeit fast überlebt hat. Wir werden sehen, ob es überhaupt möglich ist, die theologische Arbeit der getrennten Christen wieder auf ein einfaches und billiges Schlagwort zu bringen.

Moskau enttäuscht die Ökumene Man weiß nicht recht, wie man die Tatsache beurteilen soll, daß die Präsidates der evangelischen Kirche im Rheinland und in Westfalen, D. Held und D. Wilm, am 24. 11. 56 den russischen Patriarchen Alexius gebeten haben, bei der Sowjetregierung dafür einzutreten, daß keine Deportationen aus Ungarn in die Sowjetunion stattfinden und die Härten des politischen Kampfes in Ungarn vermieden werden („Evangelische Welt“, Nr. 23, S. 681). Die beiden evangelischen Kirchenführer hätten während ihres Besuches in der Sowjetunion eigentlich gelernt haben können, daß die Enthaltung der Kirche von politischen Angelegenheiten eine Grundbedingung ihrer heutigen Existenz im Sowjetstaat ist (was nicht ausschließt, daß sie vom Staat für seine Zwecke eingesetzt wird). Die erbetene Intervention bei der Sowjetregierung hätte von dieser aber ohne weiteres als eine Einmischung der Kirche in politische Angelegenheiten betrachtet werden können. Ihre Zumutung an den Patriarchen ist also der Art, daß man sich fragen muß, ob die Bittsteller nicht von vorherein von der Nutzlosigkeit ihres Schrittes überzeugt waren. Vielleicht wollten sie nicht nur den bedrängten ungarischen Christen helfen, sondern suchten auch eine Gelegenheit, aus ihrer schiefen Position seit ihrer Moskaureise herauszukommen. Hoffnungsvoll erschien vielleicht die Tatsache, daß eine Konferenz von Mitgliedern der (kommunistisch gesteuerten) Weltfriedensbewegung, in der die russische Kirche eine erhebliche Rolle spielt, am 18. 11. in Helsinki wegen „ernster Meinungsverschiedenheiten“ nicht zu einer einstimmigen Beurteilung der Ereignisse in Ungarn kommen konnte und daß diese Konferenz immerhin den zwischen der Sowjetunion und Ungarn zu vereinbarenden Abzug der sowjetischen Truppen und die volle Achtung der ungarischen Souveränität forderte. (Es muß übrigens dahin-

gestellt bleiben, warum bei dieser Resolution neben den Schriftstellern Ehrenburg, Kornejtschuk und Tichonow von sowjetischer Seite nicht auch der Metropolit Nikolai, Mitglied des Weltfriedensrates und des sowjetischen Friedenskomitees, oder ein anderer Vertreter der russischen Kirche beteiligt war.)

Der Moskauer Patriarch mußte enttäuschen; er konnte aus begrifflchen Gründen die ihm zugemutete Rolle eines Vermittlers und Fürsprechers in dieser wichtigen internationalen Angelegenheit nicht übernehmen. Wie zu erwarten war, antwortete er auf der Linie der Sowjetpolitik, indem er die Bitte um Einwirkung auf die Regierung wegen der Deportationen auf „falsche Informationen“ zurückführte und auf die offiziellen Erklärungen der Sowjetdelegation vor der 11. UN-Vollversammlung verwies (Evangelischer Pressedienst, 3. 1. 57). Damit erwies sich von neuem, daß die russische Kirche in allen ihren Beziehungen nach außen strikt daran gebunden ist, die Politik der Sowjetregierung zu stützen.

Der zu diesem Zweck in der Sowjetpresse veröffentlichte kirchliche Protest gegen die westlichen Vorwürfe wegen der Deportationen aus Ungarn wurde eingeleitet durch Briefe der Evangeliumschrsten und Baptisten und des reformierten Bischofs (im Namen von 95 000 Reformierten ungarischen Volkstums) des karpathenukrainischen Grenzgebiets an die Generalversammlung der Vereinten Nationen. Es folgte eine Verlautbarung der römisch-katholischen Kirche Litauens („Iswestija“, 25. 11. 56). Am 27. und 28. 11. erklärten die orthodoxen Bischöfe der südwestlichen Eparchien im Namen ihrer Gläubigen, obwohl alle Transportwege aus Ungarn durch ihr Gebiet führen, seien entgegen den verleumderischen Behauptungen westlicher Diplomaten vor der UN-Vollversammlung keinerlei Gefangenentransporte aus Ungarn in die Sowjetunion zu beobachten („Iswestija“, 27. u. 28. 11. 56). Schließlich hieß es im Neujahrsaufruf des Moskauer Patriarchen: „Leider haben sich einige hochgestellte geistliche Personen des Auslands sichtlich unter dem Eindruck falscher Information über die Ereignisse in Ungarn an uns mit der Aufforderung gewandt, auf unsere Regierung dahingehend einzuwirken, daß sie auf die Hilfe für das ungarische Volk in seinem Kampf gegen diejenigen, die Unruhe stiften und Ungarn zum Herd eines neuen Weltkrieges machen wollen, verzichtet“ („Iswestija“, 3. 1. 57). Dies ist also die Reaktion des Moskauer Patriarchen! Dr. Eugene Carson Blake, Präsident des Nationalrats der Christlichen Kirchen in den USA, der sich gleichfalls unter Berufung auf seine mit der russischen Kirche angeknüpften Beziehungen wegen der ungarischen Ereignisse an den Patriarchen gewandt und eine ebenso unbefriedigende Antwort erhalten hatte, bezeichnete diese als herzlich, aber unbefriedigend und bedauerte „das Fehlen jeder Bezugnahme auf den Terror, der das freiheitsliebende ungarische Volk unterjocht“ (OePD Nr. 45, 7. 12. 56). Werden

die deutschen evangelischen Kirchenführer mit gleicher Deutlichkeit ihrer Enttäuschung Ausdruck verleihen?

Die Bemühungen ökumenischer Kreise um das Moskauer Patriarchat haben auch durch einen anderen Schritt der russischen Kirchenleitung einen empfindlichen Rückschlag erlitten. Die für Ende Januar geplante Zusammenkunft mit Vertretern des Weltkirchenrats, die eine engere Zusammenarbeit zwischen der russischen Kirche und den Mitgliedskirchen der Ökumenischen Bewegung vorbereiten sollte (vgl. ds. Jhg., S. 147), ist vom Moskauer Patriarchat auf unbestimmte Zeit verschoben worden. In Kreisen des Weltkirchenrats sieht man darin einen Zusammenhang mit der Verschlechterung der internationalen Lage („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 9. 1. 57). Wenn man jedoch die dogmatische Position der russischen Orthodoxen Kirche berücksichtigt, erscheint der Aufschub von Verhandlungen über einen Anschluß der russischen Kirche an die Ökumenische Bewegung — den wir von vornherein als unwahrscheinlich betrachtet haben — in einem ganz anderen Licht.

Tod des Sowjetministers für die Angelegenheiten der religiösen Gemeinschaften

Am 15. 10. 56 starb 58jährig der Vorsitzende des Rates für die Angelegenheiten der religiösen Kulte beim Ministerrat der Sowjetunion, Iwan Wasiljewitsch Poljanskij.

In einem Nachruf hob die „Pravda“ (17. 10. 56) die Grundsatzfestigkeit und grenzenlose Hingabe des Verstorbenen an die Sache der Kommunistischen Partei hervor. Die Verdienste Poljanskij's auf seinem „ruhmreichen Weg eines Bolschewisten-Kommunisten“ seien von der Sowjetregierung sehr geschätzt und mit dem Lenin-Orden und anderen Auszeichnungen belohnt worden. Poljanskij trat im Mai 1918 in die Partei ein, war von 1918 bis 1921 in Partisanenabteilungen und in der Roten Armee tätig und stand nach Beteiligung an der Niederschlagung des Kronstadter Aufstandes in leitender Stellung im Staatsdienst (GPU?). Im Zweiten Weltkrieg war er, wie die „Pravda“ weiter mitteilt, mit wichtigen Aufgaben während der Blockade Leningrads durch die Deutschen betraut. Im Juni 1944 wurde er Leiter des neugebildeten Rates für die Angelegenheiten der religiösen Kulte, dem die Regelung der Beziehungen zwischen dem Staat und allen religiösen Gemeinschaften außer der Orthodoxen Kirche obliegt. Seine Zuständigkeit erstreckte sich daher auch auf die römisch-katholischen Kirchengemeinschaften in der Sowjetunion. Die Kontinuität in der Leitung dieses Amtes — wie auch des Rates für die Angelegenheiten der orthodoxen Kirche — ist bemerkenswert. Poljanskij und sein Kollege Karpow standen ihren Ressorts seit deren Gründung ununterbrochen vor, obwohl in den letzten zwölf Jahren nicht wenig Veränderungen in der hohen Sowjetbürokratie erfolgten.

Die Kirche in den Ländern

Kolumbien und die Protestanten

Die Herder-Korrespondenz hat im August 1954 (8. Jhg., S. 497) über die sogenannten Protestantenverfolgungen in Kolumbien, der bevölkerungsmäßig drittgrößten südamerikanischen Republik, kritisch berichtet. Damals war der

Höhepunkt dieser internationalen Verfolgungspsychose, die, genau seit 1949 datiert, in den letzten zwei Jahren etwas zurückging und erst neuerdings wieder leicht aufflackert. Wenn wir von dem brasilianischen Methodistenbischof Uberto Barbieri (einem der sechs Präsidenten des Weltrats der Kirchen) hören, „die Protestantenverfolgung